

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt U.K.

Ercheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnements-
preis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg,
Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 40 Pf. wöchentlich oder 1,75
monatlich. Abonnementpreis bei Postbesug: monatl. M. 1,75 u. viertel-
jährlich M. 6,75. Inserationspreis die Zeile 80 Pf. mit 45 Pf.
Zuschlag, für Stellenangebote und Gesuche 70 Pf. mit 45 Pf.
Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten 70 Pf. die Zeile; kleine
Anzeigen: das Wort 20 Pf., das fettgedruckte Wort 30 Pf. mit 50%
Zuschlag. - Redakt. u. Haupt-Expedit. S.W., Jernalemer Str. 46-49. -
Tel.: Zentrum Nr. 10131-10144; L. d. Fernverk. Nr. 14207-14209.
Chefredakteur: Otto Wuschke.

Filialen: Moritzpl., Kopenicker Str. 57-58, Wiener Str. 1-6, Frankf. Allee 28, Frankf.
Allee 44, Gr. Frankf. Str. 101, Großf. Str. 107, Schönf. Allee 14, Schiffbauerd. 4,
Fennert 1, Müllersstr. 130, Radstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthal Str. 48, Rathenow
Str. 2, Turmstr. 51, Poststr. 83, Leipziger Str. 108, Zimmerstr. 63, Hühnerstr. 21,
Charlottenb., Tautenzstr. 2, Kantstr. 84, Scharrenstr. 29, Nub. Str. 25-26,
Friedman, Rheinstr. 19, Halensee-Grünwald, Heurtenplatz, Lichtenberg,
Frankf. Allee 241, Lichtenfeld-West, Garstr. 12, Neukölln, Berlin Str. 4,
Hermannstr. 63-64, Pankow, Bornholmer Str. 1, Schmögenstr. 10,
Schöneberg Hauptstr. 22-24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz, Albrechtstr. 159,
Tegel, Berlin Str. 12, Tempelhofer Felder Str. 147, Wilmersdorf, Ulland-
str. 88, Brandenburg Hauptstr. 4, Frankfurt a.O. Regierungstr. 4a, Potsdam
Brandenburger Str. 28, Spandau, Breite Str. 47, Stettin, Paradeplatz 8
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Die Bedingungen für den Lebensmittelbezug.

Der Inhalt des Lebensmittelabkommens.

Berlin, 15. März. (W. L. B.)

Die Abkommen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, über deren Finanzierung und über die Zurverfügungstellung der deutschen Handelsflotte, sind nach zweitägigen Verhandlungen in Brüssel heute unterzeichnet worden. Nach den Vereinbarungen über die Lebensmittellieferungen soll Deutschland, sobald die Schiffe bereit sind, in See zu gehen und sobald die Bezahlung geregelt ist, die ersten Lebensmittel in Höhe von 270 000 Tonnen sofort geliefert erhalten. Deutschland hat weiter das Recht, monatlich bis zu 70 000 Tonnen Fett und 300 000 Tonnen Brotgetreide oder ihren Gegenwert in anderen menschlichen Nahrungsmitteln zu kaufen und einzuführen, und zwar nicht nur aus Amerika und den Ländern der Antarktis, sondern auch aus neutralen Staaten. Die Einfuhr von Getreide aus Fängen in europäischen Gewässern und die Einfuhr von Getreide soll hierbei nicht in Anrechnung gebracht werden. Die Einfuhrbedingungen hinsichtlich des Fischfangs in der Ostsee werden sofort aufgehoben. Zahlung soll für jede Lieferung im Voraus erfolgen. Die Versorgung des linderheimischen Gebietes soll in gleicher Weise wie die des rechtsrheinischen Gebietes erfolgen. Die deutsche Regierung soll ferner die Verschiffung über deutsche Häfen und das Inland nach Schweden, Dänemark und Österreich gestatten.

Um die Lebensmittelbeschaffung zu erleichtern, werden die assoziierten Regierungen den Verkehr nach dem Ausland für Deutschland erleichtern. In Rotterdam soll eine ständige Kommission die kaufmännischen und sonstigen Fragen, die sich aus dem Abkommen ergeben, regeln. Die nach Deutschland eingeführten Waren müssen bar bezahlt werden, wobei Zahlungen in Reichsmark ausbleiben. Für die Bezahlung kommen in Betracht die Erlöse von Ausfuhren aus Deutschland sowie Ladung in deutschen Schiffen in neutralen Häfen, Kredite in neutralen Ländern, Verkauf oder Verpfändung ausländischer Wertpapiere und Anlagen, Frachten deutscher Schiffe und schließlich Gold, das als provisorische Sicherheit für Vorkaufe dient. Da die assoziierten Regierungen über 270 000 Tonnen hinaus keine Lieferungsverpflichtungen übernehmen und nur eine Einfuhrerlaubnis von je 370 000 Tonnen monatlich geben, muß Deutschland damit rechnen, den Verkehr zu machen, einen nicht unerheblichen Teil der Lebensmittel von den Neutralen zu kaufen. Es sind daher Bestimmungen über die Ausfuhr nach neutralen Ländern und die Verwertung von Gold und ausländischen Wertpapieren für Kredite für Nahrungsmittelimporte aus neutralen Ländern getroffen worden. Die Bestimmungen über den Verkehr mit neutralen Ländern, insbesondere die Ausfuhren und den Finanzverkehr, enthalten verschiedene Klauseln, insbesondere werden die assoziierten Regierungen Sitten

aber Waren, deren Ausfuhr verboten ist, einhängen; auch ist das System der schwarzen Listen in den neutralen Ländern noch nicht aufgehoben, obgleich dessen Milderung (I) erwogen (I) wird. Die assoziierten Regierungen haben entschieden den Wert darauf gelegt, daß Deutschland die Lebensmittelimporte in möglichst durch Ausfuhr finanziert. Es ist daher bestimmt worden, daß, abgesehen von der Bezahlung der bereits früher fest zugefügten 270 000 Tonnen Gold und ausländischen Wertpapiere, einstuft nur im Betrage von 200 000 000 Doll. für Bezahlung der Lebensmittelimporte verwendet werden dürfen. Ferner haben die assoziierten Regierungen, um auf die Wiederherstellung der industriellen Ausfuhrfähigkeit und damit auf die Wiederherstellung der inneren Ordnung in Deutschland einzuwirken, verlangt, daß die Einfuhren niemandem zukommen dürfen, der infolge eigenen Verschuldens arbeitslos ist. Die deutsche Regierung hat sich schließlich bereit erklärt, in Brüssel ein Depot von 11 Millionen Pfund Sterling in Gold zu hinterlegen, damit mit der Lieferung von Lebensmitteln sofort begonnen werden kann.

Das Depot ist zurückzugeben, sobald andere Mittel bereitgestellt werden für die Übertragung der beschlagnahmten ausländischen Wertpapiere an die assoziierten Regierungen. Es sollen von assoziierter und deutscher Seite Komittees gebildet werden, die an einem nach zu bezeichnenden Platz zusammenzutreten werden. Die assoziierten Regierungen verlangen ferner, daß mit der Beschlagnahme ausländischer Wertpapiere sofort vorgegangen wird, was der deutschen Regierung anerkannt wurde. Durch die bislang von den assoziierten Regierungen anerkannten Zahlungsmittel wird etwa nur die Hälfte der Lebensmittel zu decken sein, deren Einfuhr nach Deutschland gestattet ist. Die Frage der Deckung des Restes muß späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Das Abkommen über die Zurverfügungstellung der Flotte enthält die Ausfuhrbestimmungen zum Trierer Abkommen. Hierbei sind einige Zusagen gemacht worden, insbesondere sind gewisse Ausnahmen, wenn auch vorläufig nur provisorisch, gestattet. Ebenso bezüglich der deutschen Mannschaft und der Schiffsladungen. Auch die Frage des Delegierten ist in einem Sinne entschieden worden, der ein Arbeiten derselben erheischen läßt. Der wesentliche Unterschied dieser Vereinbarungen gegenüber den bisherigen Verhandlungen liegt darin, daß die assoziierten Regierungen nicht Deutschland die Lieferungen einer bestimmten Menge von Lebensmitteln garantieren, sondern das Recht einräumen, Lebensmittel in der Höchstmenge von 370 000 Tonnen monatlich durch selbstständigen Beschluß von Verträgen in den feindlichen oder neutralen Staaten einzuführen. Die Erhaltung der Kreditfähigkeit Deutschlands gegenüber diesen Ländern ist daher die Voraussetzung für die Möglichkeit der Ausnutzung der Einfuhrerlaubnis und deshalb ist unsere wichtigste Aufgabe jetzt, die mögliche Steigerung der Ausfuhr von Rohstoffen und industriellen Erzeugnissen.

Preußens Notverfassung.

Konservativer Grabgefang.

Die gestürzten Beherrscher des alten Preußens stimmten bei der ersten Beratung der preußischen Notverfassung in der Landesversammlung einen ergreifenden Grabgefang für die entschwundene Herrlichkeit an. Ihr Sprecher, der deutschnationale Abgeordnete Dr. Hergl, war mit der Eröffnungsbrede des Ministerpräsidenten Hirsch vom Donnerstag nicht zufrieden, und er war so freundlich, zu veraten, was der Ministerpräsident hätte sagen müssen, um den Beifall der Konservativen zu finden. Er hätte die großen Vorzüge des alten Preußens rühmend müssen, nicht aber es als einen Hort der Reaktion des Zunfttums und der Massenherrschaft bezeichnen dürfen. Vor allem aber hätte der Minister nach dem Willen der Deutschnationalen nicht an die vergangenen Dinge rühren dürfen. Die Wahrheit der Verfassung brachte durch Zwickhensrufe zum Ausdruck, daß sie mit dem Konzept des Herrn Hergl weniger einverstanden ist als mit dem des Herrn Hirsch. Der Regierung darf der konservative Redner vor, sie entbehe der gesellschaftlichen Grundlage, sie habe durch selbstherrliche Verordnungen der Volksvertretung vorgegriffen. Es klang förmlich „demokratisch“, als er die fehlende Mitwirkung der Volksvertretung an einigen Bestimmungen der Volksbeauftragten bedauerte. Aber der tiefere Grund seiner Klagen wurde bald von ihm enthüllt: die Beseitigung der Fideikommission und die Beseitigung des Klassenwahlrechts in den Gemeinden, das sind die Verordnungen, die den Herren von der Rechten so schwer im Magen liegen. Zu der Notverfassung beauftragte der deutschnationale Redner in Übereinstimmung mit der Deutschen Volkspartei die Streichung des Wortes „Republik“ und die Einsetzung eines preußischen Landespräsidenten. Der Regierungsentwurf sieht einen solchen Posten nicht vor und will dem Präsidenten der Landesversammlung das Recht der Ministerberufung geben. Mit einiger Heiterkeit wurde es aufgenommen, daß der konservative Redner sich sogar für die Einführung einer Volksabstimmung begeisterte. Wer hätte das noch vor wenigen Jahren von preußischen Konservativen erwartet! Den Schluß der Rede bildete ein wehmütiger Nachruf für die gestürzten Hohenzollern und ein Bekenntnis zur monarchischen Staatsform. Nummer 11 wollen die Konservativen sich in Zukunft mit dem parlamentarischen Regierungssystem abfinden. Sie wollen auch auf einen Bürgerkrieg zur Wiederherstellung der Monarchie verzichten, weil sie selbst an einen Sieg nicht glauben.

Der preußische Ministerpräsident Hirsch hatte es leicht, die Einwände des konservativen Redners zurückzuweisen. Er lehnte es ab, die Vergangenheit einfach zu vergessen und besonte, die Deutschnationalen hätten vom Wesen der neuen Zeit nicht einen Hauch verspürt. Die von der Rechten angegriffenen Verordnungen seien notwendig und so dringend gewesen, daß man damit nicht bis zur Tagung der preußischen Landesversammlung hätte warten dürfen. Die Einsetzung eines Staatspräsidenten lehnte Minister Hirsch mit der Begründung ab, daß dadurch die Einheit des Reiches gefährdet werde, weil dem preußischen Beispiel folgen auch die übrigen Einzelstaaten folgen würden. Damit sprach er aus, was an dieser Stelle immer über diesen Punkt gesagt worden ist.

Der sozialdemokratische Publizist Heilmann hielt in seiner Jungferrede Abrechnung mit den Sünden der Konservativen. Er tat das in so wirksamer Weise, daß die Rechte sichtlich nervös wurde, und der Lärm der Zwischenrufe zeitweise recht stark war. Heilmann stimmte dem Regierungsentwurf zu, hatte aber gegen eine Kommissionsberatung nichts einzuwenden und erklärte auch die Bereitschaft seiner Fraktion, über die Einführung einer Volksabstimmung mit sich reden zu lassen.

Abg. Am Behnhoff erklärte die Zustimmung des Zentrums zu dem Regierungsentwurf, wenn er auch gegen Einzelheiten manche Bedenken äußerte.

Für die Deutschdemokraten sprach Abg. Dr. Heilmann. Er hatte an dem Entwurf manches auszufehen und forderte vor allem, daß die Souveränität der preußischen Landesversammlung in der Fassung fester verankert werde. Mit besonderem Nachdruck betonte der demokratische Redner in seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede den Gedanken der deutschen Reichseinheit auf demokratischer Grundlage. Preußen dürfe nicht länger die Reichspolitik unter seinen Fingern haben, aber Preußen dürfe sich auch nicht von Trennungsbestrebungen gefallen lassen, die in letzter Linie auch die Reichseinheit gefährden. Den Staatspräsidenten lehnte auch Dr. Heilmann ab, aber er verlangte eine andere Gestaltung der Regierungsgewalt, die eine größere Stetigkeit und Einheitlichkeit verbürge als der Regierungsentwurf.

Schweinefleisch und Milch.

Beginn der Lebensmittellieferungen für Deutschland.

Haag, 15. März. (Privat.)
Holländisch Nieuwsbureau meldet: Nachdem die Brüsseler Verhandlungen über die Nahrungsmittelversorgung abgeschlossen sind, werden nunmehr 30 000 Tonnen Schweinefleisch, 250 000 Wägen Tonde stielte Milch, die in Rotterdam zur Verladung bereit liegt, die in Rotterdam zur Verladung bereit liegt, wahrscheinlich schon in der nächsten Woche nach Deutschland abgehen können. Die Verhandlungen über die Durchführung des Abkommens werden von dem Vertreter der Reichsregierung Rabnow im Haag geführt.

Befragung des westfälischen Industriegebietes?

Amsterdam, 15. März.

Dem „Telegraaf“ zufolge melden die „Times“ aus Wien, daß es im gesamten westfälischen Industriegebiet stark gäre. Die Nachrichten aus Kemfeld seien so beunruhigend, daß man wahrscheinlich mit Zustimmung aller Parteien, mit Ausnahme der Unruhstifter selbst, zur Ausdehnung des britischen Brückenkopfes bis über das Solinger Gebiet hinaus übergehen werde.

Frankfurt a. M., 15. März.

Der Stadtteil Rödelheim ist seit heute früh 8 1/2 Uhr bis zur Abgabe von den Franzosen besetzt. Die Begründung dieser Maßnahme ist auf hiesiger amtlicher Stelle verständig nicht bekannt.

Neuer Streik im Ruhrrevier.

Wohum, 15. März. (L. U.)

Zer Ruhrbergbau wird durch einen neuen schweren Streik stark erschüttert. Heute Mittag 11 Uhr sind die Metallarbeiter, Maschinisten und Feiger der gesamten Bechuanlagen der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft in den Zustand getreten. Durch diesen Streik wird eine große Anzahl von Bechen in Mitteldeutschland gezogen, da zu der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft die Beche „Winnregent“ gehört, auf der sich eine

Kraftzentrale befindet, von der aus 17 Bechen des Ruhrkohlenreviers ihren elektrischen Strom beziehen.

Eine weitere Besserung im Oberschlesischen Bergarbeiterstreik ist heute zu verzeichnen. Es streiken noch die Belegschaften der Berginspektion 4 in Anrurow, sowie die von sieben anderen und den Gleiswägen Gruben. Aufgehört hat der Streik in den Berginspektionen 2 und 3.

Ein Notschrei der Wiener Aerzte.

Wien, 14. März. (Correspondenz.)

Nach Blättermeldungen hat die Wiener Gesellschaft der Aerzte und die Gesellschaften für Kinderheilkunde und Innere Medizin beschlossen, die internationalen Lebensmittelkommission in einer Eingabe auf die Wasserversorungen an Anodenerweichung in Wien infolge der allgemeinen Unterernährung aufmerksam zu machen und dringend zu ersuchen, unverzüglich die Einfuhr von Lebensmitteln und Lebertran, besonders für Kinder, zu bewilligen.

Glucht des deutschen U-Boots aus Ferrol.

Madrid, 15. März. (Reuter.)

Nach einem Telegramm aus Ferrol ist das deutsche U-Boot, das dort interniert war und den Küstern ausgeliefert werden sollte, auf die offene See entkommen. Es wurde von einem spanischen Zerstörer verfolgt. Das U-Boot wurde von seiner Mannschaft versenkt. Die Besatzung wurde gerettet.

Ein Attentat auf Trojki.

Amsterdam, 15. März.

Laut „Telegraaf“ melden die „Times“ aus Helsingfors, daß vorigen Sonntag auf Trojki, der von einer Inspektionsfahrt nach der Rigauer Front zurückkehrte, auf einem Bahnhof beim Aussteigen aus dem Schlafwagen von einem Soldaten der Roten Garde geschossen worden sei; eine Kugel habe seinen Hint durchbohrt. Am selben Abend teilte Trojki den Sowjets mit, daß einer seiner Assistenten getötet, ein anderer verwundet worden sei.